

Mehr Freihandelsabkommen als Mittel gegen Protektionismus

dossierpolitik

14. Juni 2012

Nummer 13

Zunahme des Protektionismus. Die Schweiz ist als Exportnation auf den Zugang zu ausländischen Märkten angewiesen. Seit 2009 nimmt die Tendenz zu protektionistischen Massnahmen weltweit stetig zu. Erstmals wurde nun von Prof. Simon Evenett (Universität St. Gallen) im Auftrag von economiessuisse untersucht, wie stark die Schweizer Aussenwirtschaft davon betroffen ist. Dabei wurde festgestellt, dass besonders staatliche Massnahmen des Auslands zur Unterstützung der jeweils eigenen Exportunternehmen zu gravierenden Nachteilen für die Schweizer Aussenwirtschaft führen können. Wirtschaftspolitische Gegenmassnahmen sind gefordert. Die Abschottung und Subventionierung der Schweizer Exportwirtschaft wäre jedoch der falsche Weg und muss aus volkswirtschaftlichem Interesse verhindert werden.

Position economiessuisse

- ▶ Der Druck auf protektionistische Länder muss im Rahmen internationaler Organisationen wie der OECD und der WTO aufrechterhalten werden.
- ▶ Der Marktzugang im Rahmen der Welt handelsorganisation WTO und durch Freihandelsabkommen ist zu verbessern sowie die Wirtschaftsdiplomatie zu verstärken.
- ▶ Staatsverträge müssen zeitgerecht an die internationale Entwicklung angepasst werden. Eine Annahme der AUNS-Initiative «Staatsverträge vors Volk» würde zu Verzögerungen von unbestrittenen Verträgen und damit zu Rechtsunsicherheit führen. Diese für die Exportwirtschaft schädliche Initiative muss am 17. Juni abgelehnt werden.
- ▶ Die Firmen sind in Anbetracht des starken Schweizer Frankens gefordert, weiterhin auf Innovation zu setzen, sich gezielt in den globalen Wertschöpfungsketten zu positionieren und bei Bedarf internationale Joint Ventures in den Absatzmärkten einzugehen.

Schweizer Exporte sind von protektionistischen Massnahmen besonders betroffen

► Schwaches Wachstum des Welthandels im Jahr 2012.

Fragile Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft befindet sich in einem fragilen Zustand. Die Schuldenkrise im EU-Raum harrt nach wie vor einer nachhaltigen Lösung. Die Arbeitslosigkeit ist in vielen Ländern angestiegen. Unter dieser Situation der Unsicherheit leidet auch der Welthandel. Nach einer starken Erholung im Jahr 2010 und im ersten Semester 2011 sind die Prognosen für das Jahr 2012 bescheiden: Die Welthandelsorganisation geht von einem Wachstum der Weltwirtschaft von 3,7 Prozent aus. Das liegt deutlich unter dem Durchschnitt der letzten 20 Jahre von 5,4 Prozent.

► Kein Frühlingserwachen für die Schweizer Exporteure.

Stagnierende Exporte

Die global ausgerichtete Schweizer Wirtschaft ist von den internationalen Entwicklungen besonders betroffen. Im Jahr 2011 nahmen die Exporte nominal um 2,1 Prozent zu (real 8,1 Prozent). Die Mehrheit der Branchen musste aber rückläufige Ausfuhren hinnehmen. Auch im ersten Trimester 2012 ist kein Frühlingserwachen auszumachen. Die Ein- und Ausfuhren stagnierten im Vergleich zum Vorjahr. Dynamisch entwickelten sich einzig noch die Ausfuhren nach Nord- und Südamerika sowie in den mittleren Osten. Auf dem Hauptmarkt Europa verringerte sich der Absatz merklich. Im April verzeichneten die Schweizer Exporte einen Rückgang von fünf Prozent.

Starke Zunahme des Protektionismus

In einer Krise ist sich jeder selbst der Nächste. In Anbetracht der drohenden Rezession und steigenden Arbeitslosigkeit versuchen immer mehr Staaten, ihre Märkte abzuschotten und die heimische Wirtschaft vermeintlich zu schützen. Anstatt Marktöffnungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und des Investitionsklimas wurde seit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 eine starke Zunahme protektionistischer Massnahmen festgestellt. Dies trotz des wiederholten öffentlichen Bekenntnisses der G-20 und vieler weiterer Länder, auf solche zu verzichten.

► 1340 protektionistische Massnahmen seit November 2008.

Obwohl protektionistische Massnahmen in der Ausprägung sehr unterschiedlich sind und teilweise subtil angewendet werden, versuchen internationale Organisationen wie die OECD oder die WTO¹ sowie die Wissenschaft im Rahmen des Global Trade Alert (GTA)², die Anzahl solcher Massnahmen zu messen. Gemäss GTA wurden seit November 2008 1340 protektionistische Massnahmen ergriffen. Nach einem Negativrekord von durchschnittlich zehn diskriminierenden Massnahmen pro Woche im Jahr 2009 und einer anschliessenden Beruhigung hat sich die Situation im Verlauf des Jahres 2011 wieder verschärft. Auch gemäss dem gemeinsamen Bericht der OECD, WTO und UNCTAD wurden zwischen Oktober 2011 und Mai 2012 weltweit 124 neue Handelshemmnisse geschaffen. Über den gesamten Zeitraum seit November 2008 gesehen sind Argentinien und Russland die weltweit führenden Akteure protektionistischer Handelspolitik, gefolgt von den grossen EU-Mitgliedsstaaten sowie den asiatischen Schwellenländern. Auch aufseiten der Geschädigten rangieren G-20-Mitglieder wie die Europäische Union, China, Argentinien, Indien und Indonesien an der Spitze.

¹ OECD/WTO/UNCTAD (2012): Reports on G-20 Trade and Investment Measures (Mid-October 2011 to Mid-May 2012).

² Der Global Trade Alert berichtet zeitnah über handelsrelevante staatliche Massnahmen. Diese Initiative wird koordiniert durch das Center for Economic Policy Research unter Führung von Prof. Simon Evenett von der Universität St. Gallen. Vgl. www.globaltradealert.org

► Exportsubventionen und Steuererleichterungen als häufigste Diskriminierung.

Viele protektionistische Massnahmen sind schwer greifbar

Unter protektionistischen Massnahmen sind nicht nur Zollerhöhungen oder die Einführung von Importquoten im Sinne der klassischen Behinderung des freien Handels zu verstehen. Ein Blick in die Werkzeugkiste handelsrelevanter Politikeingriffe zeigt gezielte Staatsbeihilfen in Form von Exportsubventionen oder Steuererleichterungen als weltweit häufigstes diskriminierendes Instrument. Dazu kommen auch «subtilere» Formen, die im Rahmen der bestehenden Welt handelsordnung juristisch nur schwer bekämpft werden können. Zu denken ist an neue administrative Anforderungen oder technische Vorschriften, Mindestbeträge zum Anteil lokaler Wertschöpfung, Visarestriktionen, Beschränkung der Kreditvergabe an ausländische Unternehmen oder Exportbeschränkungen. In diesem Sinne definieren wir Protektionismus umfassend als diejenigen staatlichen Massnahmen, die ausländische wirtschaftliche Aktivitäten gegenüber inländischen diskriminieren.

Protektionistische Staaten schaden sich am Ende selbst

Aktuelle Schätzungen der OECD, WTO und UNCTAD gehen davon aus, dass fast drei Prozent des Welthandels durch protektionistische Massnahmen beeinträchtigt werden. Doch das Konzept des Merkantilismus, nämlich Exporte zu fördern und Importe zu begrenzen, hat sich seit seiner Blütezeit unter dem französischen Finanzminister Jean-Baptiste Colbert Ende des 17. Jahrhunderts überholt. Die Produktionsstruktur hat sich stark verändert, indem diese nicht mehr an einem Ort anfällt, sondern die einzelnen Produktionsschritte rund um den Globus erledigt werden. Der Handel mit Inputgütern (Komponenten, Rohstoffe, Halb- und Zwischenfabrikate) und Inputdienstleistungen hat in den letzten Jahren markant zugenommen.

► «Today, intermediate inputs represent 56 percent of world goods trade and 73 percent of global services trade.»
Gurria, Angel, OECD Secretary General (19. April 2012: G-20: Understanding global value chains).

Ergreift ein Land protektionistische Massnahmen, behindert es nicht nur ausländische Firmen, die ihre Produkte gerne in dieses Land exportieren möchten. Vielmehr erleidet auch die einheimische Industrie Schaden. Handelsbarrieren erhöhen die Kosten für Importe von Vor- oder Zwischenprodukten – dadurch werden auch die verarbeiteten Produkte teurer. In der Folge sinkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft.

Die Abschottung oder Subventionierung führt zudem zu Wettbewerbsverzerrungen. Konsumentinnen und Konsumenten sind mit höheren Preisen konfrontiert. Insgesamt sinken die Innovationsanreize und Strukturwandel wird behindert. Mittel- bis langfristig schaden Länder, die protektionistische Massnahmen ergreifen, sich selbst am meisten. Sie führen zu Firmenschliessungen und zum Verlust von Arbeitsplätzen – das heisst zu einem Ergebnis, das Regierungen eigentlich verhindern wollten. Letztlich besteht zudem die Gefahr eines protektionistischen Dominoeffekts, der die Erholung der Weltwirtschaft zu erschweren droht.

Vor allem indirekte Handelshemmnisse sind für die Schweizer Wirtschaft problematisch

Die meisten Regierungen wenden ihre protektionistischen Massnahmen so an, dass sie alle ausländischen Wirtschaftsakteure tangieren, unabhängig von ihrem Herkunftsland. Da die Schweiz mit einem Exportquotienten (Anteil Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen am BIP) von heute rund 54 Prozent stark international ausgerichtet ist, ist unsere Wirtschaft im internationalen Vergleich überproportional betroffen.

► Studie von Prof. Evenett analysiert erstmalig Betroffenheit der Schweizer Wirtschaft.

economiesuisse hat beim Schweizerischen Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung der Universität St. Gallen eine Studie in Auftrag gegeben. In dieser werden erstmalig die Auswirkungen diskriminierender internationaler Handelspolitik auf die Interessen der Schweizer Wirtschaft analysiert.

Die Konzentration des Schweizer Aussenhandels schützt vor direkten Effekten

Die Studie Evenett/Fritz³ unterscheidet zwischen «direkten» und «indirekten» Handelshemmnissen. Direkte Handelshemmnisse beschränken sich auf den bilateralen Handel zwischen dem verursachenden Land und der Schweiz. Zu direkten Handelshemmnissen zählen Massnahmen wie Zolltariferhöhungen oder diskriminierende Klauseln in öffentlichen Ausschreibungen. So wäre beispielsweise eine Zolltariferhöhung eines Landes A auf Uhrenimporte aus der Schweiz als direktes Handelshemmnis klassifiziert.

Für die Schweizer Wirtschaft erscheinen die direkten Effekte des internationalen Protektionismus im Vergleich zu überlagernden Entwicklungen wie der anhaltenden Frankenstärke als ein vergleichsweise geringes, wenn auch anschwellendes Problem. Gemäss Schätzung von Evenett/Fritz waren in den ersten drei Quartalen des Vorjahres 3,35 Prozent des Schweizer Exports von seit Ende 2008 errichteten direkten Handelshemmnissen potenziell betroffen (etwa 5,2 Milliarden Franken). Beim Import waren es lediglich 0,12 Prozent (rund 160 Millionen Franken).

Tabelle 1

► 3,35 Prozent der Exporte im Wert von 5 Milliarden Franken sind durch direkte Handelshemmnisse negativ betroffen.

Schätzwerte des betroffenen Schweizer Aussenhandels

In Millionen Franken

Absolute Werte	2008	2009	2010	2011
Importe, direkt	0	42	74	161
Exporte, direkt	78	2'576	6'035	5'189
Exporte, indirekt	6'987	85'865	106'714	
Anteil am gesamten Handelsfluss	2008	2009	2010	2011
Importe, direkt	0,00 %	0,03 %	0,04 %	0,12 %
Exporte, direkt	0,04 %	1,37 %	2,97 %	3,35 %
Exporte, indirekt	3,24 %	45,79 %	52,43 %	

Quelle: Evenett, Simon/Fritz, Johannes (2012).

³ Evenett, Simon/Fritz, Johannes (2012): Die negativen Auswirkungen des krisenbezogenen Handelsprotektionismus auf die Schweizer Aussenwirtschaft. Schweizerisches Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung, Universität St. Gallen.

Der vergleichsweise geringe direkte Effekt erklärt sich durch die starke Konzentration des Schweizer Aussenhandels und die begrenzte Schnittmenge der wichtigsten Schweizer Handelspartner mit den protektionistischeren Ländern der Welt. Die grosse Mehrheit der Importe als auch der Exporte wird mit einer vergleichsweise kleinen Anzahl an Handelspartnern und einer relativ schmalen Produktpalette realisiert. 70 Prozent der Schweizer Exporte gehen an nur zehn Handelspartner und stammen aus sechs Sektoren. Diese starke Verdichtung des Aussenhandels schützt die Schweizer Wirtschaft vor einem Grossteil der protektionistischen Massnahmen. Die Kehrseite dieser Konzentration ist ein Klumpenrisiko etwa gegenüber einer handelspolitischen Abschottung der EU bzw. einzelnen Produktgruppen wie pharmazeutischen Erzeugnissen oder Uhren.

Grafik 1

► Im Uhrzeigersinn sind die wichtigsten Exportmärkte der Schweiz aufgelistet, beginnend mit Deutschland. Die orange Linie zeigt, wie wichtig ein Markt für die Schweizer Wirtschaft im Vergleich zum deutschen Absatzmarkt ist. So ist etwa der zweitgrösste Exportmarkt, die USA, seinem Wert nach nur etwa halb so gross wie der deutsche. Nach demselben Prinzip zeigt die rote, gestrichelte Linie eine Rangfolge der protektionistischsten Nationen der Welt. Aus der Zusammenschau von oranger und roter Linie wird die begrenzte Schnittmenge der beiden Rangfolgen ersichtlich. Die Grafik zeigt, dass die beiden führenden diskriminierenden Staaten, Argentinien und Russland, nur einen Bruchteil der Bedeutung Deutschlands für den Schweizer Export aufbringen.

Schnittmenge der grössten Schweizer Exportmärkte und der protektionistischsten Nationen



Erläuterung: Die Länderanteile wurden durch den jeweils grössten Wert skaliert. Exportmärkte: Anteil der Exporte nach Deutschland an den Gesamtexporten = 1. Handelspolitik: Anteil der protektionistischen Handlungen Argentinien an den weltweit beobachteten = 1.

Quelle: Evenett, Simon/Fritz, Johannes (2012).

Grosse indirekte Effekte

Bei indirekten Handelshemmnissen gewährt das verursachende Land A seinen Unternehmen Exportsubventionen und Staatsbeihilfen. Ein Beispiel für diesen Diskriminierungstyp wären Exportsubventionen etwa in Form eines Steuergutscheins an Pharmaunternehmen des Landes A im Gegenwert ihrer Ausfuhren. Ein Schweizer Pharmaunternehmen erhält in einem gemeinsamen Exportmarkt im Land B somit künstliche Konkurrenz in Form zusätzlichen Preisdrucks seitens der Anbieter aus dem Land A. Von der Exportsubvention wären folglich die Schweizer Pharmaausfuhren ins Land B negativ betroffen. Man spricht von einem «indirekten» Exporthemmnis, da es sich in einem Drittland manifestiert.

► 52 Prozent der Exporte im Wert von 106,7 Milliarden Franken sind durch indirekte Handelshemmnisse potenziell negativ betroffen.

Das neben der Frankenstärke und dem schwächeren Wachstum zentrale aussenwirtschaftliche Problem der Schweiz sind solche indirekten Handelshemmnisse wie Exportsubventionen. Die Studie Evenett/Fritz schätzt, dass 2010 gut die Hälfte der Schweizer Exporte in ihren Produktgruppen unfairer Konkurrenz ausgesetzt wurde (etwa 106,7 Milliarden Franken). Die Studie qualifiziert das potenziell betroffene Aussenhandelsvolumen, kann jedoch keine Aussage machen, wie stark sich der Preisdruck bei den Firmen niederschlägt. Im aktuellen Umfeld, in welchem die Margen aufgrund der Frankenstärke unter Druck sind, kann auch ein relativ geringer Preisdruck ungewöhnlich grosse Auswirkungen auf die Profitabilität von Schweizer Unternehmen haben.⁴

Laut den Daten des Global Trade Alert tangieren insgesamt 27 zum Teil weitreichende Exportsubventionsprogramme die Schweizer Exportinteressen. Die grössten Programme wurden hauptsächlich in den aufstrebenden Industrienationen registriert. Besonders in Indien, aber auch in der Volksrepublik China kommen Textil- und Lederwarenexporteure in den Genuss staatlicher Zuwendungen. Darüber hinaus hat die chinesische Regierung im Laufe des Jahres 2009 eine Serie weitreichender und exportspezifischer Steuerbefreiungen eingeführt. Ebenfalls zu den indirekten Handelshemmnissen zählt der Global Trade Alert die staatlich subventionierte Exportfinanzierung für die brasilianische Konsumgüterindustrie. In der Europäischen Union und Grossbritannien wurden Förderungen für landwirtschaftliche und «grüne» Produkte registriert.

Tabelle 2

► Für die Schweizer Exportwirtschaft sind insbesondere die Exportsubventionen Chinas und die zahlreichen gemeinsamen Exportmärkte für den hohen Schätzwert ausschlaggebend.

Verursacher und Bedeutung indirekter Exporthindernisse

In Millionen Franken

Verursacher	2008	2009	2010
Argentinien	0	0	2'487
Brasilien	0	0	6'558
China	6'011	55'909	61'699
Europäische Union	0	145	171
Indien	1'035	10'851	32'264
Vereinigtes Königreich	0	20'181	30'618
Weltweit	6'987	85'865	106'714
Anteil betroffene Schweizer Exporte	3,24 %	45,79 %	52,43 %

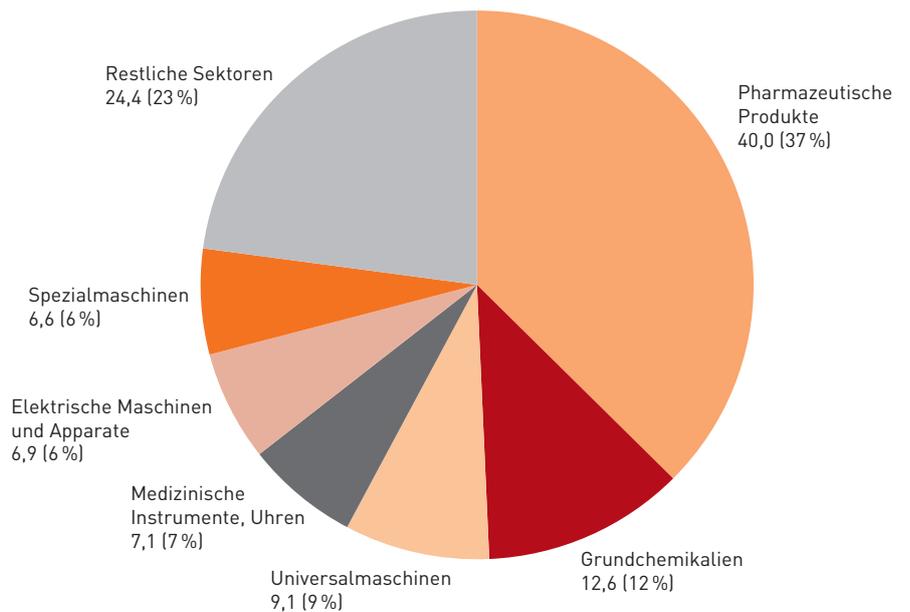
Quelle: Evenett, Simon/Fritz, Johannes (2012).

⁴ Allerdings muss der vergleichsweise hohe Schätzwert für indirekte Exporthemmnisse mit Vorsicht interpretiert werden. Anders als bei eindeutig zugeschnittenen Massnahmen wie etwa Zolltarifänderungen sind Empfänger und Betroffene von Exportsubventionen nicht immer klar identifizierbar.

Aus Sicht der gesamten Schweizer Wirtschaft ist der künstlich verschärfte Wettbewerb bei pharmazeutischen Produkten mit Abstand am bedeutendsten. Auf ihn entfallen fast zwei Fünftel des Werts indirekter Exporthindernisse. Ebenfalls bedeutende Anteile entfallen auf die chemische Industrie sowie den Maschinenbau.

Grafik 2

► Der künstlich verschärfte Wettbewerb bei pharmazeutischen Produkten ist mit Abstand das bedeutendste Exporthindernis.

Wert und Aufteilung der indirekten Exporthindernisse
In Milliarden Franken

Quelle: Evenett, Simon/Fritz, Johannes (2012).

Wirtschaftspolitische Forderungen

Direkte Ein- und Ausfuhrbeschränkungen üben einen vergleichsweise geringen, aber wachsenden Druck auf den Schweizer Aussenhandel aus. Deutlich grösser sind die Auswirkungen indirekter Handelshemmnisse. Der künstliche Preisdruck durch Staatshilfen und Exportsubventionen verengt den Preissetzungsspielraum der Schweizer Exporteure. Ein Umstand, der sich aktuell angesichts der anhaltenden Frankenstärke besonders nachteilig auswirkt.

► Rechtlich sind den betroffenen Firmen und Ländern oft die Hände gebunden.

Viele der «neuen» Formen von Protektionismus verstossen nicht gegen WTO-Recht oder lassen sich mit Berufung auf den Schutz der Gesundheit, der Umwelt oder der öffentlichen Ordnung und Sicherheit begründen. Bei Direktinvestitionen, soweit sie durch direkte oder indirekte Enteignungen geschädigt werden, kann direkt gegen den betreffenden Staat vor dem International Center for the Settlement of Investment Disputes (ICSID) geklagt werden. Beide Varianten beanspruchen in der Regel viel Zeit und sind in der kurzen und mittleren Frist nur ungenügend wirksam.

Die Schweiz ist wirtschaftspolitisch gefordert, und zwar auf mehreren Ebenen:

► Umfassende Freihandelsabkommen mit China, Indien und der russischen Zollunion.

1. Marktzugang verbessern

Da die WTO-Doha-Verhandlungen nach wie vor blockiert sind, gilt es die Verhandlungen über umfassende Freihandelsabkommen mit China, Indien, Russland/Belarus/Kasachstan, Vietnam und Indonesien mit höchster Priorität fortzuführen. Dabei muss auch über Themen wie nichttarifäre Handelshemmnisse, besserer Schutz von Patent- und Markenrechten, Handelserleichterungen bei der Zollabwicklung, Verbot von Exportrestriktionen oder das öffentliche Beschaffungswesen verhandelt werden. Insgesamt ist die Qualität der einzelnen Abkommen ausschlaggebend, nicht die Quantität. Zusätzlich sind die Aufnahme von Verhandlungen für Freihandelsabkommen mit dem Mercosur und die Verbesserungen der Rahmenbedingungen mit den USA anzustreben.

► «Peer pressure» aufrechterhalten.

2. Monitoring und Klagen

Neben dem Regelwerk der WTO dürfte vor allem das systematische Monitoring und die Publikation eines «Sündenregisters» durch internationale Organisationen wie die WTO oder die OECD sowie durch die Medien dazu beigetragen haben, dass handelshemmende Massnahmen nicht noch stärker zugenommen haben. Die Schweiz muss sich mit gleichgesinnten Ländern weiterhin für die Vorteile offener Märkte und gegen Protektionismus stark machen. Offensichtliche Verstösse gegen den Freihandel sollten offen kritisiert werden. Sobald Interessen von Schweizer Unternehmen von protektionistischen Massnahmen betroffen sind, sollte die Schweiz diese auf die Agenda der WTO setzen, nötigenfalls Klagen gegen die Regierungen deponieren oder sich als Drittpartei an den Klagen beteiligen. Dies betrifft auch die Verletzung von Patent- und Markenrechten mit fadenscheinigen Begründungen.

3. Verschärfung des Regelwerks

Heutzutage konzentrieren sich die nationalen Regierungen auf Massnahmen, die dem Buchstaben nach vom WTO-Recht erlaubt bzw. unberührt sind. Die Regeln bezüglich Subventionen sind schwächer als jene zu den Einfuhrzöllen. Es ist wünschenswert, dass in der langen Frist diese ungleiche Regulierungsschärfe in der Welthandelsorganisation behoben wird. Allerdings dürfte auch ein verbessertes Regime weiterhin Lücken und damit Spielraum für handelsbeschränkende Massnahmen enthalten.

4. Rückbau protektionistischer Massnahmen

Die Rücknahme von im Krisenverlauf eingeführten Handelsbarrieren muss vorbereitet und umgesetzt werden. Druck auf öffentliche Haushalte lässt nationale Regierungen Subventionsprogramme bereits sukzessive auf das Vorkrisenniveau herunterfahren. Allerdings werden Austeritätsprogramme allein nicht alle in der Krise eingerichteten Staatshilfen zurückbilden.

5. Wirtschaftsdiplomatie stärken

Schweizer Unternehmen und Branchenverbände sind aufgefordert, Diskriminierungen möglichst rasch den zuständigen Schweizer Behörden zu melden. Die Anliegen sind dann durch die Wirtschaftsdiplomatie – zum Beispiel im Rahmen gemischter Kommissionen oder Staatsbesuchen – anzugehen.

6. Handelspolitische Weste rein halten

Der Griff in den Giftschrank der Abschottung und Subventionierung der eigenen Exportwirtschaft ist der falsche Weg und muss aus volkswirtschaftlichem Interesse unbedingt verhindert werden. Auch aus Gründen der Glaubwürdigkeit der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik sind protektionistische Massnahmen der Schweiz wie beispielsweise die überhöhten Agrarsubventionen zu reduzieren.

7. Keine Eigengoals

Die Schweiz hat es in der Hand, auch in Zukunft möglichst gute Rahmenbedingungen zu haben. Eigengoals müssen vermieden werden. Aktuelle Beispiele für mögliche Eigengoals sind übertriebene flankierende Massnahmen mit einer vorgeschlagenen Solidarhaftung für Unternehmen, ein starres und überreguliertes Aktienrecht durch die Minder-Initiative, überschüssende Regulierung der Finanzmärkte oder die Verzögerung der notwendigen Reformen der Unternehmensbesteuerung. Ausserdem muss auch in Zukunft das gut ausgebaute Netz von Staatsverträgen zeitgerecht an die internationale Entwicklung angepasst werden können. Eine Annahme der AUNS-Initiative «Staatsverträge vors Volk» am 17. Juni 2012 verbunden mit zahlreichen zusätzlichen Abstimmungen über unbestrittene Verträge würde zu Verzögerungen und Rechtsunsicherheit führen und der Exportwirtschaft massiv schaden.

Die Firmen sind in Anbetracht des starken Schweizer Frankens gefordert, weiterhin auf Innovation zu setzen, sich gezielt in den globalen Wertschöpfungsketten zu positionieren und bei Bedarf internationale Joint Ventures in den Absatzmärkten einzugehen. Freihandelsabkommen gilt es konsequent zu nutzen. Bei Problemen mit Protektionismus sollten Firmen ihre Branchenverbände und die Behörden mit möglichst konkreten Angaben informieren.

Rückfragen:

jan.atteslander@economiesuisse.ch
peter.flueckiger@economiesuisse.ch

► NEIN zur schädlichen AUNS-Initiative am 17. Juni 2012

Impressum

economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47, Postfach, CH-8032 Zürich
www.economiesuisse.ch